

Zentralbanken sind staatliche Inflationsbehörden

MICHAEL VON PROLLIUS

Zentralbanken bekämpfen lediglich die von ihnen selbst durch eine Politik zu billigen Geldes verursachten Preisanstiege.

Die Europäische Zentralbank ist kein Anwalt einer stabilen Währung - ihre vermeintliche Politik des knappen Geldes ist weitgehend ein Mythos. Dieses Urteil mag zunächst erstaunen. Die EZB schneidet bei Vergleichen regelmässig besser ab als etwa das US-amerikanische Pendant, die «Fed». Öffentliche Kritik kommt überwiegend von Befürwortern einer Wachstumspolitik. Ihnen ist die stabilitätsorientierte Geldpolitik ein Dorn im Auge. Abgesehen von einer verschwindend geringen Minderheit dürfte in Europa kaum jemand auf die Idee kommen, dass die Zentralbank etwas anderes sein könnte als der prädestinierte Währungshüter. Zum zehnjährigen Jubiläum des Euro wurde der EZB von offizieller Seite eine gute Arbeit attestiert.

Nun ist das Thema «Inflation» wieder auf der Tagesordnung. Und es gehört nicht viel dazu, zu prognostizieren, dass dies lange Zeit so bleiben wird. Die EZB erfährt reflexartig Lob für ihre aktuelle Politik; sie «hat den Kampf gegen die Inflation wieder aufgenommen» heisst es in der *Neuen Zürcher Zeitung*. Grund ist die Erhöhung des Leitzinses um einen Viertelprozentpunkt auf 4,25 Prozent. Zugleich verweist die Masse der Kommentatoren auf preistreibende Effekte von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Löhnen. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schreibt: «Indexierte Löhne treiben Preise». Diese und andere Darstellungen beruhen auf drei fehlerhaften Annahmen.

Erster Trugschluss: Inflation bedeutet Preisanstieg. Zweiter Trugschluss: Zentralbanken garantieren stabile Währungen. Dritter Trugschluss: Güterwirtschaftliche Entwicklungen verursachen Inflation. Tatsächlich verhält es sich so: Inflation bedeutet Aufblähen der Geldmenge. Zentralbanken, und nur Zentralbanken, sind die Ursache für instabile Währungen. Güterwirtschaftliche Entwicklungen können nur im Zuge einer Aufblähung der Geldmenge inflationär wirken. Diese Feststellung lässt sich logisch nicht widerlegen - der empirische Beleg durch eine seit geraumer Zeit offiziell um 14 Prozent wachsende Geldmenge ist lediglich Beiwerk. Gäbe es eine konstante Geldmenge, würde der Preisanstieg eines Gutes automatisch dazu führen, dass bei gleicher Nachfrage der Preis eines anderen Gutes sinken müsste. Im Falle einer veränderlichen Nachfrage könnten andere Güter weniger oder nicht mehr nachgefragt werden.

Deutlich wird dies an dem derzeit wieder die Runde machenden Trugschluss der vermeintlichen «Lohn-Preis-Spirale». Löhne können Preise nicht einfach so treiben. Vielmehr ist das Versagen der Zentralbank hierfür ursächlich. So würde eine Anstieg von Löhnen über ein «Gleichgewichtsniveau» bei knappem Geld nicht zu Inflation, sondern zu Arbeitslosigkeit führen. Der Publizist der Österreichischen Schule Henry Hazlitt bringt es auf den Punkt, wenn er urteilt, umgekehrt würde ein Anstieg der Preise ohne einen parallelen Anstieg des in den Portemonnaies der Menschen verfügbaren Geldes lediglich zu sinkenden Absatzzahlen führen. Lohn- und Preissteigerungen sind also die Folge der Inflation, nicht ihre Ursache. Ihr Ausmass wird entscheidend durch die Aufblähung der Geldmenge bestimmt.

Inflation ist ein geldpolitisches Problem. Zentralbanken bekämpfen lediglich die von ihnen selbst durch eine Politik zu billigen Geldes verursachten Preisanstiege. Ludwig von Mises illustrierte dieses Phänomen mit dem Bild eines Diebes, der ruft: «Haltet den Dieb».

Berücksichtigt man dies, so bleiben verheerende Fehlschlüsse aus, wie der von Nobuo Tanaka, dem Generalsekretär der Internationalen Energie Agentur: «Die Rekordpreise am Erdölmarkt bedrohen die globale Wirtschaft und die soziale Wohlfahrt von Millionen von Menschen.» Auch wenn der aktuelle Ölpreis nicht auf triviale Weise zustande kommt, ist es angesichts der Jahre langen unverantwortlichen Niedrigzinspolitik der Fed kein Ausdruck von Polemik, die Zentralbanken als Bedrohung der Wohlfahrt von Millionen von Menschen verantwortlich zu machen.

Zentralbanken sind Inflationsbehörden. Die EZB ist der europäische Anwalt der Inflation, deren grösster Profiteur der Staat ist. Die Alternative ist die natürliche, freie Geldproduktion, die nachgewiesen funktioniert. Der Staat ist dabei auf den Schutz von Eigentum(srechten) begrenzt. Erforderlich ist lediglich ein Schritt, die Abschaffung der gesetzlichen Privilegien der Zentralbank und anderer Währungsbehörden. Wie [Jörg Guido Hülsmann nachgewiesen hat](#), ist dies aus rechtlichen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen geboten.

Das Liberale Institut bedankt sich beim Institut für unternehmerische Freiheit, Berlin, für die freundliche Genehmigung zur Weiterveröffentlichung.

Juli 2008

